

Anhörung Hannover

Zunächst: Ich teile mit Kollegen Pfeiffer die Einschätzung, dass die gegebenen Strukturen von Schule und Jugendarbeit dem Ziel nicht gerecht werden, alle Jugendlichen zum Aufbau einer für sie anstrengenswerten und realisierbaren Berufs- und Lebensperspektive zu verhelfen. Ich teile auch die Einschätzung, dass offene Jugendarbeit nicht als die umfassende Lösung für die Problemlagen benachteiligter Jugendlicher verstanden werden kann. In deutlichem Gegensatz zu Kollegen Pfeiffer halte ich jedoch die Folgerung, dass die offene Jugendarbeit abgeschafft und die Personalstellen in Ganztageschulen integriert werden sollen, nicht. Dies möchte ich knapp in der Form von X Thesen begründen.

1. Die Ausgangsthese der aktuellen Debatte, der Besuch von Jugendzentren sei ein eigenständiger Verstärkungsfaktor von Gewalt, ist meines Erachtens in keiner Weise plausibel. Diese Folgerung ist von den präsentierten Daten nicht gedeckt. (Dazu ausführlicher: Stellungnahme der Expertengruppe) (*Eine theoretische Begründung für die Vermutung, Jugendzentrumsbesuch sei ein eigenständiger Gewaltfaktor, findet sich aber bei Pfeiffer/Rabold/Baier nicht. Ob die untersuchten Jugendlichen, würden sie sich andernorts treffen, mehr oder weniger gewalttätig wären, als sie es nach eigenen Angaben sind, kann auf Grundlage der vorliegenden Daten nicht entschieden werden. Es könnte also ebenso gut sein, dass der Aufenthalt in einer solchen Freizeitstätte eine noch weitergehende Devianz der Jugendlichen verhindert.*)

Falls diese Daten für Hannover als valide zu betrachten sind, also davon auszugehen wäre, dass in Hannover gewaltbereite Jugendliche unter den Jugendzentrumsbesuchern überrepräsentiert sind, wäre hierin ein Sonderfall zu sehen, der mit den Erfahrungen in anderen Städten und Regionen nicht übereinstimmt. Entsprechend wäre dann erst noch zu untersuchen, was dem zu Grunde liegt. Dringend geboten wäre eine die konkreten sozialen Kontextbedingungen differenziert analysierende Studie zu Situation der offenen Jugendarbeit.

2. Selbst ein flächendeckender Ausbau von Ganztageschulen könnte die Offene Jugendarbeit nicht ersetzen. Denn erstens endet auch Ganztageschulen um 16 oder 17h und führen nicht

zu einer umfassenden Verschulung der Freizeit Jugendlicher. Zweitens sind nicht aller Jugendlichen Schüler, sondern einer erheblichen Teil nach dem 16. Lebensjahr Auszubildende, Teilnehmer von Maßnahmen im Übergangssystem oder arbeitslos. Und es ist sicherlich nicht anstrebenswert, die Freizeit Jugendlicher nach und jenseits der Ganztageschule kommerziellen Anbietern zu überlassen. Drittens - und das ist m.E. das zentrale Argument, hat Offene Jugendarbeit eine strukturell andere Grundlage als Schulen. Grundlegend ist hier das Prinzip der Freiwilligkeit der Teilnahme und eine darin begründete Pädagogik, die auf der Herstellung von Arbeitsbündnissen und Beziehungen beruht, die grundlegend an den Bedürfnissen und Interessen Jugendlicher anknüpfen. Diese Prinzipien können von Schulen nicht adaptiert werden, ohne die Schulpflicht außer Kraft zu setzen.

3. Vorliegende Studien zeigen auf, dass Offene Jugendarbeit von Jugendlichen als ein eigenständiger Erfahrungs- und Bildungsort erfahren wird, dessen Bedeutung nicht zuletzt darin liegt, dass hierin Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und der Anerkennung möglich werden, die nicht von den Bedingungen schulischen Lernens überformt sind. Dabei reicht das Spektrum von Formen der Offenen Jugendarbeit, die auf kulturelle sowie politische Bildung ausgerichtet sind bis zu einer stärker sozialarbeiterischen Variante, in deren Zentrum informelle Beratung und konkrete Unterstützungsleistungen stehen. Auch das Negativbild einer offenen Jugendarbeit, in der sich überforderte und demotivierte Sozialpädagogen Cliques problematischer Jugendlicher gegenübersehen, hat eine empirische Entsprechung. Diese kennzeichnet jedoch nicht Offene Jugendarbeit generell, sondern die Situation in personell und materiell schlecht ausgestatteten Einrichtungen. Diesem Negativbildung entsprechend aber auch eine Realität Schulen, für die Lehrer beschreiben, dass Unterricht kaum mehr stattfindet und sie sich selbst in der Rolle von Sozialarbeitern vorfinden, der sie jedoch nicht gerecht werden können.

4. Der harte Kern des Problems, auf das Kollege Pfeiffer hinweist, sind Strukturen des Arbeitsmarktes und des Bildungssystems, die einer Teilgruppe Jugendlicher mit Erfahrung des Scheiterns, der Ausgrenzung und der Perspektivlosigkeit ausstattet; Strukturen, die es solchen Jugendlichen unmöglich machen, ein positives Selbstbild auf der Grundlage erfolgreicher Bildungsprozesse und im Hinblick auf eine erreichbare berufliche Biografie zu entwickeln. Die überwiegende Zahl dieser Jugendlichen wird im Übrigen keineswegs gewalttätig, sondern resigniert oder sucht sich sozial unauffällige Kompensationen. Dass es provokanter Thesen (etwa zum Zusammenhang von Jugendzentrumsbesuch und Gewalt

bedarf), damit diese Problematik wahrgenommen wird, ist Teil des Problems, Ausdruck der die Gewöhnung an die Normalität des Scheiterns und der Perspektivlosigkeit eines erheblichen Teils der Jugendlichen. Darauf bezogen genügt es nicht, und auch darin sehe ich eine Übereinstimmung, einfach nur defensiv an den etablierten Strukturen der Jugendarbeit festzuhalten, aber es genügt ebensowenig, den Ausbau von Ganztageschulen zu fordern. Für den schulischen Bereich ist vielmehr eine grundlegende Strukturreform im Sinne der Entwicklung integrativer Schulen zu fordern, die auf Selektion verzichten. Für die Offene Jugendarbeit ist es erforderlich, zunächst konzeptionelle Klärungen vorzunehmen und auf dieser Grundlage eine Weiterentwicklung in Gang zu setzen: Konzeptionell klärungsbedürftig ist zentral, ob bzw. welche Einrichtungen als ein Erfahrungs- und Bildungsort für alle Jugendlichen im Sinne des KJHG betrachtet werden können: oder aber ob ein Teil der Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit Funktionen übernehmen kann oder soll, die klassisch der Jugendsozialarbeit, der Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten und dem Allgemeinen Sozialen Dienst zugewiesen sind. Letzteres würde aber eine erhebliche Aufgabenverschiebung bedeuten und müsste zu einem Ausbau der Jugendarbeit führen. Denn die klassische Aufgabe Offener Jugendarbeit ist nicht ersetzbar. Soll die Jugendarbeit darüber hinaus wirksam zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen beitragen, benötigt sie eine personelle und sachliche Ausstattung, die dies auch tatsächlich ermöglicht.